

## **Antrag**

**der Abgeordneten Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Oliver Krischer, Dr. Julia Verlinden, Peter Meiwald, Claudia Roth (Augsburg), Sylvia Kotting-Uhl, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Stephan Kühn (Dresden), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Ein Scheitern der nationalen Klimapolitik abwenden und international an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die heraufziehende globale Klimakatastrophe zeigt sich immer deutlicher. In der Westantarktis hat das Schmelzen eines gewaltigen Eisschildes begonnen, in dessen Folge der Meeresspiegel um mehrere Meter ansteigen wird. Eine verheerende Nachricht für die Küstenstädte und viele Inselstaaten, denen jetzt der Untergang droht. Gleichzeitig nehmen gefährliche Extremwetterereignisse zu, auch in Deutschland. Von 92 Sommertagen des diesjährigen Sommers 2014 musste der Deutsche Wetterdienst an 47 Tagen eine Unwetterwarnung herausgeben. Starkniederschläge, Stürme und massive Gewitter haben gewaltige Schäden verursacht, Tendenz steigend. Der August 2014 war global der wärmste jemals gemessene, gleichzeitig eilen die globalen Treibhausgasemissionen von einem Rekord zum nächsten.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Die im Jahr 2015 stattfindende Klimakonferenz in Paris muss endlich greifbare Erfolge für den internationalen Klimaschutz bringen. Ebenso gilt es, anspruchsvolle globale Nachhaltigkeitsziele zu verabschieden, die im September auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf die Millenniumsentwicklungsziele nachfolgen sollen. Absichtserklärungen reichen nicht, es braucht wirksame Beiträge der einzelnen Staaten, auch Deutschlands. Doch der selbsternannte Klimaschutzvorreiter liefert nicht. Im Gegenteil: Entgegen aller klimapolitischen Lippenbekenntnisse bremst die Bundesregierung die erneuerbaren Energien im Stromsektor aus und stellt damit die dreckige Kohle unter Bestandschutz. Und das, obwohl in Deutschland der Ausstoß von Treibhausgasemissionen in den vergangenen Jahren trotz des Erfolgs der erneuerbaren Energien wieder spürbar angestiegen ist. So wurde etwa 2013 aus der Braunkohle, dem klimaschädlichsten Energieträger weltweit, so viel Strom gewonnen wie seit der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr.

Im Verkehrsbereich, bei der Wärmeversorgung und der Energieeffizienz hat noch überhaupt kein Umdenken stattgefunden. Das Klimaschutz-Versprechen der Bundesregierung, die nationalen Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken, wird so sicher verfehlt. Es ist bezeichnend, dass die Bundeskanzlerin dem Klimagipfel der Staats- und Regierungschefs in New York eine Absage erteilt hat und ihr Stuhl leer

blieb. Auch hinsichtlich der zukünftigen Energie- und Klimapolitik der EU in Richtung 2030 lässt die Bundesregierung das dringend notwendige Engagement für ambitionierte Vorgaben vermissen, obwohl der kommende Europäische Rat im Oktober hier die Weichen stellen wird. Ohne ein entschiedenes und entschlossenes Gegensteuern droht das für November angekündigte Klima-Aktionsprogramm von Umweltministerin Hendricks zu scheitern, bevor es überhaupt beschlossen wurde. Die Glaubwürdigkeit der deutschen und europäischen Klimaschutzpolitik wird mitentscheidend für den Erfolg der Pariser Verhandlungen sein. Deshalb müssen die Bundesrepublik Deutschland und ihre europäischen Partner endlich zu einer ambitionierten Klimaschutzpolitik zurückkehren und mit ehrgeizigen nationalen Zielen und einer verbindlichen und ambitionierten EU-Energie- und Klimapolitik für 2030 klimapolitische Handlungsbereitschaft demonstrieren.

Am 21. September 2014 haben weltweit über eine Million Menschen für eine ambitioniertere Klimapolitik demonstriert. Sie setzen ihre Hoffnungen auch auf ein Wiedererstarken der deutschen Vorreiterrolle, denn diese ist ein entscheidender Beitrag dazu, die globale Erwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius zu begrenzen. Beinahe zeitgleich hat der „New Climate Economy Report“ anhand von aktuellen Zahlen deutlich gemacht, dass sich Klimaschutz rechnet und Wohlstand und Klimaschutz nicht im Widerspruch stehen, sondern einander sogar unterstützen. Diesen Ansatz hat jüngst die neue Regierung in Schweden gewählt, die angekündigt hat, ihren Staatskonzern Vattenfall zu einem Ökostromkonzern umzubauen.

Die Bundesregierung darf diese Entwicklungen nicht ignorieren, sondern muss jetzt international für verbindliche Klimaschutzmaßnahmen werben sowie den Klimaschutz zum Leitbild der eigenen Politik machen. Das heißt, endlich zu handeln statt nur zu verhandeln und mit konkreten Maßnahmen voranzugehen, die sich konsequent am Ziel orientieren, das nationale Klimaschutzziel von minus 40 Prozent bis 2020 vollständig zu erreichen oder sogar zu übertreffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Chancen einer engagierten Klimapolitik zu nutzen und Deutschland wieder zu einem Vorreiter beim Klimaschutz zu machen, der international an Glaubwürdigkeit zurückgewinnt, und dazu folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Ein nationales Klimaschutzgesetz vorzulegen,
  - das bis 2050 jährliche Reduktionsziele verbindlich festlegt;
  - das für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Kreislaufwirtschaft neben Zielen auch konkrete Klimaschutzmaßnahmen enthält;
  - das spätestens alle vier Jahre durch detaillierte vorzulegende Klimaschutzpläne die Zielerreichung absichert und
  - das bei Verfehlen von Zielen die Verpflichtung von zusätzlichen Maßnahmen verbindlich nach sich zieht.
2. Den nationalen Kohleausstieg einzuleiten und damit den internationalen wissenschaftlichen Empfehlungen nachzukommen, nach denen 2/3 der verbleibenden fossilen Ressourcen unter der Erde bleiben müssen, um die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad zu begrenzen.
3. Unverzüglich einen Plan für den schrittweisen Abbau der jährlich vom Umweltbundesamt ermittelten rund 50 Mrd. Euro an umwelt- und klimaschädlichen Subventionen vorzulegen, um bestehende Fehlanreize zu beseitigen und einen Beitrag zur Unterstützung und Finanzierung der Energiewende und eines klimaverträglichen Wirtschaftens zu leisten.

4. Im Rahmen der europäischen Klimapolitik und insbesondere bei den Verhandlungen über die europäische Energie- und Klimastrategie 2030 Verantwortung zu übernehmen und
  - sich für die Beibehaltung der bestehenden verbindlichen europäischen Zieltrias für 2030 mit ambitionierten Zielen für eine Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, einem Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch sowie eine Senkung des Energieverbrauchs einzusetzen – nötig wären mindestens minus 55 Prozent Treibhausgasemissionen, ein Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien auf mindestens 45 Prozent sowie eine Senkung des Energieverbrauchs um mindestens 40 Prozent – die außerdem für alle genannten Bereiche in verbindliche nationale Ziele für die einzelnen Mitgliedstaaten übersetzt wird;
  - einem Rahmen für die EU-Energie- und Klimaziele bis 2030 im Europäischen Rat die Zustimmung zu verweigern, sollte er keine ambitionierten und national verbindlichen Ziele für die Treibhausgasreduktion, den Ausbau der Erneuerbaren und für ambitionierte Energieeinsparung beinhalten;
  - eine umfassende Reform des Emissionshandels durchzusetzen, die eine dauerhafte Entnahme („set-aside“) der derzeit überschüssigen mindestens zwei Milliarden Emissionszertifikate beinhaltet sowie die Einführung einer wirksamen Marktstabilitätsreserve spätestens ab dem Jahr 2016 umfasst;
  - sich für die Einführung eines EU-weiten CO<sub>2</sub>-Mindestpreises einzusetzen und dies durch die zügige Einführung eines nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreises zu untermauern.
5. International der Rolle eines Vorreiters in der Klimapolitik gerecht zu werden und
  - die internationale Förderung von Kohlekraftwerks- und Kohleinfrastrukturprojekten durch KfW, IPEX, DEG sowie Hermes-Bürgschaften einzustellen und die internationale Zusammenarbeit im Energiesektor voll auf die Nutzung erneuerbarer Energien und die Förderung der Energieeffizienz auszurichten;
  - im Rahmen der G7-Präsidentschaft eine Vereinbarung zum internationalen Abbau klimaschädlicher Subventionen bis 2020 zu erwirken;
  - auf den internationalen Konferenzen in Addis Abeba, New York und Paris im Jahr 2015 aufeinander abgestimmte ehrgeizige Ziele zu verfolgen, nicht hinter bereits vereinbarte Ziele für Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Menschenrechte zurückzufallen, mit deutschen und europäischen weitreichenden Zielformulierungen den bestehenden Herausforderungen zu begegnen und den Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation zu bereiten;
  - im Rahmen der Verhandlungen um ein Kyoto-Nachfolgeregime die internationale Staatengemeinschaft zu verbindlichen und ambitionierten Dekarbonisierungsplänen zu bewegen und Mechanismen und Organe der Vereinten Nation zur Messung, Berichterstattung und Validierung dieser Pläne zu entwickeln;
  - einen konkreten Aufwuchspfad für den gerechten deutschen Anteil an den ab 2020 international zugesagten Mitteln in Höhe von jährlich 100 Mrd. Dollar zur Finanzierung des globalen Klimaschutzes vorzulegen.

Berlin, den 7. Oktober 2014

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

